



BUNDESRECHTSANWALTSKAMMER

Stellungnahme Nr. 16/2022

April 2022

Registernummer: 25412265365-88

Initiative gegen SLAPP-Klagen

Mitglieder des AS Europa

RAuN a.D. Kay-Thomas Pohl (Vorsitzender)

RA Dr. Hans-Joachim Fritz

RAin Dr. Margarete Gräfin von Galen

RA Marc André Gimmy

RA Andreas Max Haak

RA Dr. Frank J. Hospach

RA Guido Imfeld

RA Maximilian Müller

RAin Dr. Kerstin Niethammer-Jürgens

RA Dr. Christian Lemke

RA Jan K. Schäfer, LL.M.

RAin Stefanie Schott

Prof. Dr. Gerson Trüg

RA Dr. Hans-Michael Pott

RA Andreas von Máriássy

RA Dr. Thomas Westphal

RAuN Dr. Thomas Remmers, Vizepräsident, Bundesrechtsanwaltskammer

RAin Dr. Heike Lörcher, Bundesrechtsanwaltskammer, Brüssel

RAin Astrid Gamisch, LL.M., Bundesrechtsanwaltskammer, Brüssel

Referent Rafael Javier Weiske, Bundesrechtsanwaltskammer, Brüssel

Ass. Jur. Sarah Pratscher, Bundesrechtsanwaltskammer, Brüssel

Bundesrechtsanwaltskammer

The German Federal Bar
Barreau Fédéral Allemand
www.brak.de

Büro Berlin – Hans Litten Haus

Littenstraße 9 Tel. +49.30.28 49 39 - 0
10179 Berlin Fax +49.30.28 49 39 -11
Deutschland Mail zentrale@brak.de

Büro Brüssel

Avenue des Nerviens 85/9 Tel. +32.2.743 86 46
1040 Brüssel Fax +32.2.743 86 56
Belgien Mail brak.bxl@brak.eu

Die Bundesrechtsanwaltskammer ist die Dachorganisation der anwaltlichen Selbstverwaltung. Sie vertritt die Interessen der 28 Rechtsanwaltskammern und damit der gesamten Anwaltschaft der Bundesrepublik Deutschland mit rund 166.000 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten gegenüber Behörden, Gerichten und Organisationen – auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene.

Stellungnahme

Die Bundesrechtsanwaltskammer bedankt sich für die Möglichkeit, an der öffentlichen Konsultation der Europäischen Kommission zur **Initiative gegen SLAPP-Klagen** teilnehmen zu dürfen. Auf den Fragebogen der Konsultation, antwortet sie auf Grundlage der Erfahrungen ihrer Expertinnen und Experten wie folgt:

Initiative gegen SLAPP-Klagen

Mit * markierte Felder sind Pflichtfelder.

Einleitung

Die Wahrung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte hat im Arbeitsprogramm der Kommission ([„Politische Leitlinien“](#)) hohe Priorität. Deshalb zählt der Schutz von Journalistinnen und Journalisten sowie der Zivilgesellschaft vor strategischen Klagen gegen öffentliche Beteiligung (sogenannten SLAPP-Klagen) zu den wichtigsten Maßnahmen des Europäischen Aktionsplans für Demokratie^[1]. Das Europäische Parlament, das sich dieses Themas ebenfalls annimmt, arbeitet derzeit einen Initiativbericht aus^[2].

Strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung („Strategic Lawsuits Against Public Participation, SLAPP“) sind eine relativ neue Form der Belästigung und werden zunehmend gegen Journalistinnen und Journalisten, Menschenrechtsverteidiger/innen und andere Akteure (wie Medienunternehmen oder Organisationen der Zivilgesellschaft) eingesetzt, denen der Schutz des öffentlichen Interesses ein Anliegen ist. Bei SLAPP-Klagen handelt es sich in der Regel um unbegründete Klagen, die von einflussreichen Personen oder Körperschaften (Unternehmen oder staatlichen Stellen) gegen schwächere Parteien eingebracht werden, die sich kritisch zu einer Frage von großem öffentlichem Interesse äußern. Ziel ist es, diese einzuschüchtern und letztlich zum Schweigen zu bringen, indem sie finanziell geschädigt werden - beispielsweise durch hohe Schadenersatzansprüche oder eine möglichst lange Verfahrensdauer.

Die [Untersuchungen](#)^[3] der Kommission zeigen, dass SLAPP-Klagen in der EU immer häufiger vorkommen. Auch die Plattform des Europarats^[4], auf der Warnungen zu SLAPP-Klagen eingestellt werden, macht den zunehmenden Druck auf Journalistinnen und Journalisten in Europa deutlich. Angesichts des Schadens, der auf diese Weise Menschen zugefügt wird, die eine Schlüsselrolle bei der Wahrung der Demokratie in der EU spielen und so dem öffentlichen Interesse dienen, muss die EU rasch und entschlossen handeln, um SLAPP-Klagen einzudämmen.

Die Kommission führt diese Umfrage durch, um herauszufinden, was die EU dagegen tun kann. Mit der Umfrage werden zwei Ziele verfolgt:

- Es sollen die Probleme in diesem Bereich ermittelt und die Meinung der Öffentlichkeit darüber eingeholt werden, wie diese Probleme behoben werden können.
- Die Öffentlichkeit soll dazu befragt werden, welche legislativen und nichtlegislativen Maßnahmen gegen SLAPP-Klagen ergriffen werden sollen.

Beantworten Sie bitte die Fragen, die Sie betreffen oder die Sie aufgrund Ihrer Erfahrung oder der Erfahrung Ihrer Organisation beantworten können.

[1] Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über den Europäischen Aktionsplan für Demokratie, COM(2020) 790 final vom 3.12.2020.

[2] „Entwurf eines Berichts über die Stärkung der Demokratie, der Medienfreiheit und des Medienpluralismus in der EU in Anbetracht des unrechtmäßigen Rückgriffs auf zivil- und strafrechtliche Verfahren zur Einschüchterung von Journalisten, nichtstaatlichen Organisationen und der Zivilgesellschaft“, 2021/2036 (INI).

[3] https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/ad-hoc-literature-review-analysis-key-elements-slapp_en.pdf

[4] <https://www.coe.int/en/web/media-freedom/all-alerts>

1. Sind Sie mit dem Begriff „SLAPP-Klagen“ (strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung) vertraut?

- Ja
- Nein
- Weiß nicht/Keine Antwort

2. Wissen Sie von SLAPP-Klagen in Ihrem Land?

- Ja
- Nein
- Weiß nicht/Keine Antwort

3. Wie schätzen Sie die derzeitige Situation in Bezug auf SLAPP-Klagen in Ihrem Land ein?

- Die Zahl der Fälle ist beträchtlich gestiegen.
- Die Zahl der Fälle ist leicht gestiegen.
- Die Zahl der Fälle ist gleich geblieben.
- Die Zahl der Fälle ist leicht zurückgegangen.
- Die Zahl der Fälle ist beträchtlich zurückgegangen.
- Weiß nicht/Keine Antwort

4. Wissen Sie von SLAPP-Klagen in einem anderen Land (in anderen Ländern) als Ihrem Herkunftsland? Geben Sie bitte an, welches Land (welche Länder), und nennen Sie Beispiele.

- Österreich
- Belgien
- Bulgarien
- Kroatien
- Tschechien
- Dänemark
- Estland
- Finnland
- Frankreich
- Deutschland
- Griechenland
- Ungarn
- Irland

- Italien
- Lettland
- Litauen
- Malta
- Niederlande
- Polen
- Portugal
- Rumänien
- Slowakei
- Slowenien
- Spanien
- Schweden

Führen Sie bitte Beispiele an:

höchstens 500 Zeichen

5. Gibt es einen grenzüberschreitenden Aspekt (der Fall bezieht sich nicht nur auf ein Land, sondern auf mehrere) bei einer oder mehreren SLAPP-Klagen, die Ihnen in der EU bekannt ist (sind)? Falls ja, geben Sie bitte das Land/die Länder an.

- Österreich
- Belgien
- Bulgarien
- Kroatien
- Tschechien
- Dänemark
- Estland
- Finnland
- Frankreich
- Deutschland
- Griechenland
- Ungarn
- Irland
- Italien

- Lettland
- Litauen
- Malta
- Niederlande
- Polen
- Portugal
- Rumänien
- Slowakei
- Slowenien
- Spanien
- Schweden

6. Wer ist das Ziel (der/die Beklagte) der SLAPP-Klage, die Ihnen bekannt ist?

- Journalist/in
- Verteidiger/in von Rechten (Einzelperson)
- Medienunternehmen
- Organisation der Zivilgesellschaft
- Stelle oder Einrichtung, die sich für die Menschenrechte einsetzt
- Sonstige Person oder Organisation - bitte angeben
- Weiß nicht/Keine Antwort

6.1. Wissen Sie, in welchen Bereichen die Betroffenen aktiv sind?

- Ja
- Nein

7. Wer ist der vermutete Initiator (klagende Partei) der SLAPP-Klage, die Ihnen bekannt ist?

- Öffentliche oder staatliche Einrichtung
- Unternehmen
- Organisation (z. B. Wirtschaftsverband, politische Organisation)
- Politiker/in
- Privatperson, die in persönlicher Eigenschaft handelt
- Sonstige - bitte angeben
- Weiß nicht/Keine Antwort

8. Sind Ihnen Fälle bekannt, in denen keine Klage(n) eingereicht wurde(n), Journalistinnen/Journalisten, Verteidiger/innen von Rechten oder eine Organisation/Stelle/Einrichtung jedoch mit einer Klage oder anderen Maßnahmen gedroht wurde, um sie einzuschüchtern?

- Ja, Androhung rechtlicher Schritte ohne tatsächliches Verfahren, andere gleichzeitige Verfahren
- Ja, sonstige Art der Einschüchterung - bitte angeben
- Nein

9. Welche Folgen haben SLAPP-Klagen Ihrer Meinung nach für die Betroffenen (Beklagten)?

- Keine Folgen
- Sie werden eingeschüchtert, setzen jedoch ihre Arbeit fort.
- Sie werden zum Schweigen gebracht und vermeiden es, sich an Diskussionen über Fragen von öffentlichem Interesse, die SLAPP-Klagen auslösen könnten, zu beteiligen.
- Sie beteiligen sich nicht mehr an Diskussionen über Fragen von öffentlichem Interesse.
- Weiß nicht/Keine Antwort

Machen Sie bei Bedarf bitte nähere Angaben:

höchstens 500 Zeichen

10. Sind Sie der Ansicht, dass das Fehlen EU-weiter Schutzmaßnahmen gegen SLAPP-Klagen ein Problem für die Beteiligung der Öffentlichkeit darstellt?

- Ja, das ist ein ernstes Problem.
- Ja, das ist ein ziemlich ernstes Problem.
- Ja, aber es ist kein ernstes Problem.
- Nein, das ist kein Problem.
- Weiß nicht/Keine Antwort

Machen Sie bei Bedarf bitte nähere Angaben:

höchstens 500 Zeichen

11. Welche Maßnahmen würden Ihrer Meinung nach SLAPP-Klagen in der EU wirksam eindämmen?

- Rechtsvorschriften (z. B. Verfahrensgarantien gegen SLAPP-Klagen)
- Nichtlegislative Maßnahmen (z. B. Empfehlungen oder Leitlinien oder Austausch bewährter Verfahren)
- Eine Kombination aus Rechtsvorschriften und nichtlegislativen Maßnahmen
- Finanzielle Unterstützung von Einrichtungen, die sich auf die Unterstützung der Betroffenen spezialisiert haben
- Sonstige - bitte angeben
- Weiß nicht/Keine Antwort
- Keine der obigen Optionen

12. Welche Art von Rechtsvorschriften würden Ihrer Meinung nach in diesem Bereich wirklich etwas bewirken?

- Zivilrechtliche Verfahrensgarantien gegen SLAPP-Klagen (z. B. frühzeitige Abweisung einer Klage und beschleunigtes Verfahren)
- Prozesskostenhilfe für Opfer einer SLAPP-Klage
- Beteiligung Dritter, die es einschlägigen Organisationen ermöglicht, im Namen der Betroffenen einer SLAPP-Klage zu handeln
- Vorschriften des internationalen Privatrechts (z. B. über die gerichtliche Zuständigkeit und das anwendbare Recht)
- Sonstige - bitte angeben
- Weiß nicht/Keine Antwort
- Keine der obigen Optionen

Bitte machen Sie nähere Angaben:

höchstens 500 Zeichen

The BRAK refers to answers provided in the CCBE submission that the BRAK supports.

13. Welche Unterstützung benötigen Ihrer Meinung nach die Betroffenen (Beklagten) einer SLAPP-Klage?

- Informationen über SLAPP-Klagen
- Informationen über Rechtsberater oder andere Stellen/Personen, die helfen könnten
- Rechtsbeistand (z. B. ehrenamtliche bzw. „Pro-Bono“-Rechtsanwälte)
- Überwachung von SLAPP-Klagen

- Keine der obigen Optionen
- Andere Art von Unterstützung - bitte angeben
- Weiß nicht/Keine Antwort

Bitte machen Sie nähere Angaben:

höchstens 500 Zeichen

Legal assistance is absolutely necessary subject to appropriate funding. The BRAK notes that pro bono work for lawyers is not allowed in all EU Member States.

14. Wissen Sie, ob es in Ihrem Land Vereinigungen oder andere juristische Stellen gibt, die Betroffenen von SLAPP-Klagen Unterstützung anbieten (z. B. Informationen oder Rechtsbeistand)?

- Ja. Bitte machen Sie nähere Angaben und nennen Sie Beispiele.
- Nein
- Weiß nicht/Keine Antwort

14.1. Sollte es in jedem EU-Land eine solche Vereinigung/Einrichtung geben?

- Ja
- Nein
- Weiß nicht/Keine Antwort

15. Welche der folgenden nicht-legislativen Maßnahmen würden Ihrer Meinung nach SLAPP-Klagen in der EU wirksam eindämmen?

- Sensibilisierung für SLAPP-Klagen
- Schulung von Angehörigen der Rechtsberufe
- Austausch bewährter Verfahren zwischen den EU-Ländern
- Austausch bewährter Verfahren zwischen Angehörigen der Rechtsberufe
- Überwachung von SLAPP-Klagen in der EU
- Keine der oben genannten Optionen (bitte näher erläutern)
- Sonstige (bitte angeben)

16. An wen sollten sich die Sensibilisierungsmaßnahmen richten?

- Bürger/innen
- Journalistinnen/Journalisten und Menschenrechtsverteidiger/innen
- Angehörige der Rechtsberufe
- Keine der obigen Optionen
- Sonstige - bitte angeben

17. Worauf sollten Schulungsmaßnahmen über SLAPP-Klagen ausgerichtet sein?

Geben Sie bitte die Hauptthemen der Schulungen und die Zielgruppe/n an.

höchstens 500 Zeichen

Sonstiges

18. Bitte machen Sie Anmerkungen oder geben Sie weitere Informationen zu SLAPP-Klagen.

Die Kommission möchte Ihre Meinung zu bestimmten Aspekten dieser Initiative erfahren und/oder Hinweise auf einschlägige Forschungsarbeiten erhalten.

höchstens 5000 Zeichen

The BRAK refers to the submission of the CCBE that the BRAK supports.

Wenn Sie Fragen haben, senden Sie bitte eine E-Mail an JUST-A1-CIVIL-JUSTICE@ec.europa.eu und setzen Sie „öffentliche Konsultation zu SLAPP-Klagen“ in die Betreffzeile.

Contact

JUST-A1-CIVIL-JUSTICE@ec.europa.eu